

Geschäftsverteilungsplan des Bundesarbeitsgerichts
für das Geschäftsjahr 1967

I. Dem Ersten Senat sind zugewiesen:

- 1.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 ArbGG,
- 2.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 ArbGG,
- 3.) die Verfahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 ArbGG,
- 4.) die Verfahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 ArbGG,
- 5.) die Revisionsbeschwerden nach § 77 ArbGG,
- 6.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 Abs. 1 ArbGG, die mit den Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 ArbGG in rechtlichem oder unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen,
- 7.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG, bei denen es sich im Verfahren bei dem Bundesarbeitsgericht um folgende Rechtsgebiete handelt:
 - a) Verfassungsrecht
 - b) Vereinigungsfreiheit
 - c) Allgemeines Tarifrecht in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst
 - d) Arbeitskampfrecht
 - e) Betriebsverfassungsrecht einschließlich Personalvertretungsrecht, auch soweit Fragen des Betriebsverfassungsrechts oder des Personalvertretungsrechts in Rechtsstreitigkeiten, die an sich zur Zuständigkeit eines anderen Senates gehören, eine nicht nur untergeordnete Rolle spielen
 - f) Hausarbeitstagsrecht

- g) Feiertagsrecht
- h) Mutterschutzrecht
- i) Jugendschutzrecht einschl. Jugendurlaub
- k) Schadenersatz und Regress in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst
- l) Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall und Rechtsfragen bei Krankheit der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.

II. Dem Zweiten Senat sind zugewiesen die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG, bei denen es sich im Verfahren bei dem Bundesarbeitsgericht um folgende Rechtsgebiete handelt:

Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Kündigung oder in anderer Weise.

III. Dem Dritten Senat sind zugewiesen die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und nach § 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG:

- 1) betreffend Ruhesold
- 2) aus den Regelungsgesetzen zu Art. 131 des Grundgesetzes.

IV. Dem Vierten Senat sind zugewiesen die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und nach § 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG:

- 1) betreffend Auslegung von Tarifverträgen und statutarischem Recht der privaten Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes, einschl. der Eingruppierungen, soweit nicht der Erste Senat nach I 7 c, d-1, der Zweite Senat nach II und der Fünfte Senat nach V 2 und 3 b-d, h und 4 zuständig ist
- 2) betreffend Recht der Arbeitnehmer bei den alliierten Streitkräften.

V. Dem Fünften Senat sind zugewiesen:

- 1.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 Abs. 2 ArbGG
- 2.) Urlaubsrecht der privaten Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes
- 3.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und nach § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG aus der privaten Wirtschaft, bei denen es sich im Verfahren bei dem Bundesarbeitsgericht um folgende Rechtsgebiete handelt:
 - a) Ansprüche aus Einzelarbeitsverträgen, soweit sie nicht zur Zuständigkeit des Ersten, Zweiten, Dritten oder Vierten Senats gehören
 - b) Wettbewerbsrecht
 - c) Arbeitnehmererfinderrecht
 - d) Handelsrecht einschließlich Handelsvertreterrecht
 - e) Ansprüche aus Schiedssprüchen
 - f) Ansprüche gegen Drittschuldner
 - g) Lohnsteuernachzahlungen
 - h) Gratifikationen

- 4.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und nach § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG aus dem öffentlichen Dienst, bei denen es sich im Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht um folgende Rechtsgebiete handelt:
 - a) Zusatzversicherung
 - b) Gratifikationen
 - c) Beihilfen
 - d) Rechtsverhältnisse der Ärzte einschließlich des ärztlichen Hilfs- und des Pflegepersonals und der Künstler
- 5.) alle sonstigen Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die weder dem Ersten noch dem Zweiten noch dem Dritten noch dem Vierten Senat zugewiesen sind,
- 6.) die AR-Sachen, soweit nicht die in der Sache berührte Materie in den Geschäftsbereich eines anderen Senats fällt.

VI. Die Beteiligung einer der vorstehend bezeichneten juristischen Personen des öffentlichen Rechts bleibt außer Betracht, wenn sie den Rechtsstreit gemäß § 2 Abs. 4 Satz 1 ArbGG führt oder sich als Dritter (§§ 64 ff ZPO) am Rechtsstreit beteiligt.

VII. Bis zur Senatszuteilung sind zuständig:

- 1.) der Zweite Senat mit Ausnahme der zu VII 2 bezeichneten Verfahren,
- 2.) der Fünfte Senat, soweit die Parteibezeichnung ergibt, daß das Verfahren den öffentlichen Dienst betrifft.

Die Senatszuteilung erfolgt, sobald die Zuständigkeit aus den vorhandenen Unterlagen erkennbar ist.

VIII. Schlußbestimmungen

- 1.) Erachtet der Vorsitzende eines Senats in einer bei seinem Senat anhängigen Rechtsstreitigkeit die die Zuständigkeit seines Senats begründenden Rechtsfragen für untergeordnet, so kann er die Sache an den zuständigen Senat mit Zustimmung des Vorsitzenden dieses Senats abgeben.
- 2.) Kommt eine Übereinstimmung der Vorsitzenden der Senate nach VIII Ziffer 1) nicht zustande, so gilt folgendes:
Erachtet ein Senat vor der mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängigen Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechts überwiegend vor den anderen Senat gehört, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzweckmäßig erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend.
- 3.) Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern der andere Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.
- 4.) Nach der Ladung ist die Abgabe der Sache nach VIII Ziff. 1, 2 und 3 an einen anderen Senat nicht mehr zulässig.

- 5.) Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat ein Urteil erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen, sei es in einem neuen Rechtsstreit, an das Bundesarbeitsgericht gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch vor der Ladung dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.
- 6.) Dieser Geschäftsverteilungsplan tritt am 1. Januar 1961 in Kraft mit der Maßgabe, daß auch die bis zum 31. Dezember 1960 bei dem Bundesarbeitsgericht eingegangenen Rechtsstreitigkeiten mit dem 1. Januar 1961 an den Senat übergehen, der nach diesem Geschäftsverteilungsplan zuständig ist.

Kassel, den 20. Oktober 1960

Das Präsidium des Bundesarbeitsgerichts

gez.: Nipperdey gez.: Dr. König gez.: Dr. Poelmann

gez.: Dr. Boldt gez.: Dr. Simons